

Einladung

für die am Montag, 30.11.2009 um 15:00 Uhr stattfindende Sitzung des Stadtrates im großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung (15:00 Uhr)

1. **Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Stadtratssitzungen vom 05.10.09 und 16.11.09**
2. **Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen**
3. **Gegenstände aus dem Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss**
 - 3.1. Änderung der Anlage zu § 2 Abs. 2 der Satzung über die Straßenreinigung (StrReinS) in der Stadt Weiden i. d. OPf. vom 01.12.2003 i.d.F. vom 30.11.2006.
 - 3.2. Änderung der Anlage zu § 5 Buchstabe a der Verordnung über die Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter (StrReinV) vom 01.12.2003 i.d.F. vom 30.11.2006
 - 3.3. Mittelbereitstellung bei der HHSt. 8400.6141 Kosten für „Theater in Weiden“ für die Theatersaison 2009/2010
 - 3.4. Beteiligungen der Stadt Weiden i. d. OPf.;
Neufassung des Gesellschaftervertrages der Kulturell-Gemeinnützigen Oberpfalz GmbH
4. **Gegenstände aus dem Bau- und Planungsausschuss**
 - 4.1. Stadtplanungsamt
Sachlicher Teilflächennutzungsplan „Nutzung der Windenergie“
Vorstellen des Teilflächennutzungsplan - Entwurfs durch Herrn Bauernschmitt, TEAM 4, Nürnberg
Beschluss von Konzentrationszonen für Windkraft
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 17.09.2009, Vorschlags - Nr. 51
Vorgang Stadtrat vom 22.09.2009, Beschluss - Nr. 108
 - 4.2. Stadtplanungsamt
23. Änderung des Flächennutzungsplans.
Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Grundstücken Flst. Nrn. 483 und 484 Gmkg. Neunkirchen.
Antrag auf Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB.
 - 4.3. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 61 26 307 „Photovoltaikanlage Neunkirchen“
Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Grundstücken Flst. Nrn. 483 und 484 Gmkg. Neunkirchen.
Antrag auf Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB.

5. Gegenstände aus dem Werkausschuss

- 5.1. Wassergebühren für die Wirtschaftsjahre 2010 mit 2012
- 5.2. Änderung der Betriebssatzung der Stadtwerke Weiden i. d. OPf.

6. Gegenstände aus dem Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Fragen

- 6.1. Vergabe eines Preises für die besten schulischen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, und Diskriminierung

7. Gegenstände aus dem Rechnungsprüfungsausschuss

- 7.1. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2008 der von der Stadt Weiden i. d. OPf. verwalteten Stiftungen; Feststellung der Jahresrechnung 2008
- 7.2. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008 des Stadthaushalts der Stadt Weiden i. d. OPf.; Feststellung der Jahresrechnung 2008

8. Änderung in der Besetzung des Kultur- und Tourismusbeirates

9. Besetzung des neu installierten Ausschusses für Energiewende

10. Anträge

- 10.1. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.09
Vollzug des Gesundheitsschutzgesetzes (GSG)
- 10.2. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 10.11.09
Dänner-Eck
- 10.3. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Parkplatzsituation an der Europa-Berufsschule
- 10.4. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Beyer-Anwesen
- 10.5. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Künftige Nutzung des Pionierlagers
- 10.6. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 13.11.09
Förderprogramm 100 m² Zukunft
- 10.7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.11.09
Bericht über die Positionierung der Stadt Weiden i. d. OPf. in den Gremien der Metropolregion
- 10.8. Antrag der Bürgerliste, Bündnis90/Die Grünen, Freie Wähler, FDP vom 16.11.09
Vertragsangelegenheiten ÖPNV

11. Eingaben

- 11.1. Eingabe von WISP zum Thema Abbruch der ehemaligen Betriebsgebäude der Firma Forster, Neustädter Straße 49, in Weiden i. d. OPf.
- 11.2. Eingabe von WISP zum Thema gemeinsame Ausschusssitzung des HVA- und Werkausschusses

- 11.3. Eingabe von WISP zum Thema Kinderbetreuung für MitarbeiterInnen der Weidener Stadtverwaltung am Buß- und Betttag
- 11.4. Eingabe diverser Beschwerdeführer zum Thema Bedenken gegen den Einkaufsmarkt Neustädter Straße
- 11.5. Eingabe von Frau Cornelia Rack zum Thema Erhalt des Imbissstandes am Hertie
- 11.6. Eingabe von Frau Andrea Spanl zum Thema Verkehrssituation in der "äußeren" Mooslohstraße
- 11.7. Eingabe von Herrn Gert Rippl zum Thema Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.11.09
Änderung in der Besetzung des Kultur- und Tourismusbeirates

Sachstandsbericht:

Der Kultur- und Tourismusbeirat ist bisher seitens der CSU-Stadtratsfraktion wie folgt besetzt:

CSU:

Mitgl. : Blum
1. Ers.: Höher
2. Ers.: Angerer
3. Ers.: Pausch

Die CSU-Stadtratsfraktion bittet um Änderung in der Besetzung des Kultur- und Tourismusbeirates wie folgt:

CSU:

Mitgl. : Sperrer S.
1. Ers.: Höher
2. Ers.: Angerer
3. Ers.: Pausch

Die übrige Besetzung bleibt unverändert.

Stadtrat:

beratend beschließend
 öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Besetzung des neu installierten Ausschusses für Energiewende

Sachstandsbericht:

Der Ausschuss für Energiewende wird wie folgt besetzt:

SPD:

| | | | | |
|----------|----------|--------------|--------------|-----------|
| Mitgl. : | Hese | Dr. Loew | Richter | Rothballe |
| 1. Ers.: | Dr. Holl | Koller-Girke | Koller | Schwarz |
| 2. Ers.: | Meyer | Schinabeck | Burger H. | Gebhardt |
| 3. Ers.: | Melch | Laurich | Dr. Rittmann | Burger E. |

CSU:

| | | | |
|----------|-----------|----------------|------------|
| Mitgl. : | Höher | Blum | Sperrer H. |
| 1. Ers.: | Pausch | Lukas | Brühler |
| 2. Ers.: | Hiermaier | Dr. Hofmeister | Angerer |
| 3. Ers.: | Hofmann | Leupold | Baierl |

Bürgerliste:

Mitgl. : Dr. Deglmann
1. Ers.: Rank
2. Ers.: Prof. Dr. Klotz
3. Ers.: Deyerling

Grüne:

Mitgl. : Wagner
1. Ers.: Helgath G.
2. Ers.: Dr. Helgath S.

Freie Wähler/FDP

Mitgl. : Schell
1. Ers.: Sindensberger

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.09
Vollzug des Gesundheitsschutzgesetzes (GSG)

Sachstandsbericht:

Zu 1.)

Regelmäßige Routinekontrollen der in Weiden i.d.OPf. existierenden ca. 240 Gaststätten, Diskotheken und Spielhallen, außerhalb der regulären Dienstzeiten, insbesondere nachts, müßten aus Gründen der Sicherheit und Beweisführung zu zweit erfolgen und können vom Fachbereich Gewerbewesen aufgrund der personellen Ausstattung mit nur zwei Sachbearbeitern zusätzlich zum normalen Parteiverkehr nicht geleistet werden.

Da Gaststätten tagsüber ohnehin regelmäßig durch die Lebensmittelkontrolleure des Städt. Veterinäramtes überprüft werden, achten diese bei der Gelegenheit auch auf die Einhaltung der Bestimmungen des GSG.

Darüber hinaus haben sich, ähnlich zum Ladenschlußrecht, beim Vollzug des GSG bislang Hinweise aus der Bevölkerung bzw. von Mitbewerbern bewährt, denen im konkreten Einzelfall nachgegangen wird.

Durch die Lockerung des GSG und die Schließung des Schlupfloches der sogenannten Raucherclubs wurde das Gesetz praktikabler und den Bedürfnissen der Bevölkerung anpaßt. Abgesehen von einer Beschwerde über ein Cafe im City-Center, ein Altstadtlokal sowie eine Spielhalle gingen seit der neuen Gesetzeslage bislang keine Klagen beim Fachbereich Gewerbewesen ein, denen hätte nachgegangen werden müssen.

Zu 2.)

Da die freiwillige Festlegung als getränkegeprägte Rauchergaststätte i.S.d. Art. 5 Nr. 5 GSG nicht anzeigepflichtig ist, andererseits noch keine einschlägigen Verbraucherbeschwerden zu verzeichnen waren, mußten bislang keine Begriffsauslegungen im konkreten Einzelfall vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang darf allerdings auf Ziffer 3. der hierzu ergangenen sehr detaillierten Vollzugshinweise des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit vom 20.07.09 verwiesen werden.

Zu 3.)

Siehe Ausführungen zu Frage 1.)

Zu 4.)

Kontrollen werden grundsätzlich nicht angemeldet.

Zu 5.)

Durch die Lockerung des GSG zum 01.08.09 nahm die Zahl der Beschwerden deutlich ab. Seitdem wurden lediglich 3 Klagen dem Fachbereich Gewerbewesen vorgetragen. Da die Wirte bzw. der Spielhallenbetreiber die Mißstände jeweils umgehend abstellten, wurde von der Einleitung eines OWi-Verfahrens abgesehen.

Zu 6.)

Laut Auskunft der Bußgeldstelle der Stadt Weiden i.d.OPf. mußte seit Inkrafttreten des neuen GSG aufgrund einer Anzeige durch eine Privatperson ein Bußgeldbescheid gegen eine Diskothek in der Weidner Innenstadt verhängt werden. Dieser Bescheid ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Stadtrat:

beratend

beschließend

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag CSU-Stadtratsfraktion vom 10.11.09
Dänner-Eck

Sachstandsbericht:

Zu 1.)

Mit Schreiben der Abt. f. Bauen und Wohnen (Baugenehmigungsbehörde) vom 26.03.2009 wurde Herrn Walter Winkler mitgeteilt, dass gegen den Abbruch der Gebäude auf dem Grundstück Dänner-Eck keine Bedenken bestehen und dass mit dem Abbruch sofort begonnen werden kann. Zwischenzeitlich wurden die vorgenannten Gebäude bis auf Restteile des Gebäudes Goethestr. 1, das mit dem Nachbargebäude Goethestr. 3 zusammengebaut ist, abgebrochen. Seit geraumer Zeit läuft ein privater Rechtsstreit zwischen den Eigentümern der Gebäude Goethestr. 1 und 3 über die Erstellung einer Brandwand und die Sicherungsmaßnahmen für das Gebäude Goethestr. 3. Ein Ende dieser gerichtlichen Auseinandersetzung ist nach Rücksprache mit dem Abbrechenden bisher nicht absehbar. Solange die vorgenannten offenen Fragen nicht geklärt sind, ist auch die Realisierung des mit Baugenehmigungsbescheid vom 18.08.2009 genehmigten PKW- Parkplatzes nicht möglich.

Zu 2.)

Aus planungsrechtlicher Sicht kann die Stadt Weiden durch die Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes die Voraussetzung für eine Investorenplanung, die im Einklang mit den Zielen der Stadt Weiden steht, schaffen. Ein Eingreifen der Baugenehmigungs- bzw. Bauaufsichtsbehörde ist aber nicht möglich, da der momentane Rechtsstreit, zwischen dem Eigentümer des Dänner-Grundstücks und dem Nachbarn, rein privatrechtlicher Natur ist

Zu 3.)

Zur Verbesserung des derzeitigen Zustandes
Wie zu Frage 2.

Zu 4.)

Der Oberbürgermeister berichtet in der Stadtratssitzung über die aktuellsten Entwicklungen.

Zu 5.)

Eine Weiternutzung des Hertie-Gebäudes als Magnetbetrieb des Einzelhandels wäre aus Sicht des Stadtplanungsamtes ebenso wünschenswert bzw. denkbar, wie eine Gesamtlösung für den Hertie und des Dänner-Eck zusammen.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Parkplatzsituation an der Europa-Berufsschule

Sachstandsbericht:

Hinsichtlich der bauordnungsrechtlichen Festsetzung über die erforderliche Zahl der notwendigen Stellplätze wurde durch das Bauverwaltungsamt mitgeteilt, dass die Berufsschule (Hauptgebäude, alte Werkstätten mit Hausmeisterwohnung, Aula und Pausenhalle) bereits 1960/61 erbaut wurde. Zu dieser Zeit existierten noch keine Stellplatzrichtlinien. Somit besitzt die Europa-Berufsschule Bestandsschutz und Nachforderungen sind nicht möglich. Nach der aktuell gültigen „Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (GaStellV)“ würden gemäß der Ziffer 8.2 der Anlage für „Hauptschulen, sonstige allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen 1 Stellplatz je Klasse, zusätzlich 1 Stellplatz je 10 Schüler über 18 Jahre“ gelten. Bei 168 Klassen x 1,0 Stellplatz/Klasse = 168 Stellplätze plus 2050 volljährige Schüler x 1,0 Stellplatz/10 Schüler = 205 Stellplätze. Bei einem Neubau wären somit insgesamt 373 Stellplätze erforderlich.

Bereits bei einem Informationsabend zum Ausbau des Stockerhutwegs im April 2008 wurde von Bewohnern des Stockerhuts das Thema hohes Verkehrsaufkommen und Parkplatznot im Bereich der Europa-Berufsschule angesprochen. Eine daraufhin durchgeführte Bedarfsermittlung in der Berufsschule und weitere Recherchen ergaben, dass insgesamt ca. 300 Parkplätze für Schüler benötigt werden und nochmals ca. 50 Parkplätze für Lehrkräfte und Angestellte. Auf dem Schulgelände stehen ca. 174 und entlang der Straße ca. 100 Parkplätze zur Verfügung, insgesamt 270 Stück. Somit fehlen zwischen 50 und 100 Parkplätzen. Durch das Stadtplanungsamt wurden diese Problematik aufgegriffen und Planungsüberlegungen betrieben um hier nachzubessern.

Als eine Variante stellt sich die Anordnung von neuen Parkplätzen bei dem neu zu errichtenden Verbindungsweg zwischen dem Stadtteilzentrum und dem Balance Zentrum dar, siehe Nr. 1 auf dem nachfolgenden Übersichtsplan (östliche Teil des Flst.-Nr. 5340/136, Nähe Stockerhutweg, Gemarkung Weiden i. d. OPf.). Hier könnten bei einer Anordnung der Parkplätze entlang dieses künftigen Fuß- und Radweges ca. 15 Parkplätze bei einer einseitigen bzw. ca. 30 Stück bei einer beidseitigen Anordnung untergebracht werden. Der vorhandene Baumbestand könnte dabei entsprechend berücksichtigt werden.

Als weitere Variante für neue Parkplätze kommt auch der Standort Nr. 2 (westlicher Teil des Flst.-Nr. 5340/142, Stockerhutweg 54, der Gemarkung Weiden i. d. OPf.) in Betracht.

Die gesamte Maßnahme soll zunächst bis zur Konkretisierung der Landesgartenschau zurückgestellt werden. Im Zuge des erforderlichen Wettbewerbs wird das Thema „Parken“ allgemein behandelt werden. Durch einen sofortigen Bau von Parkplätzen würden diese Flächen einer evtl. später benötigten endgültigen Nutzung entgegenstehen.

Stadtrat:

| | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Beyer-Anwesen

Sachstandsbericht:

Das Stadtplanungsamt hat regelmäßigen Kontakt mit der Familie Beyer. Die Thematik „Beyer Brezen“ und die dazugehörigen konkreten Maßnahmen sind im Entwurf zum Stadtentwicklungskonzept auf der Arbeitsebene behandelt.

Angedacht sind folgende Teilaufgaben: Umbau des Beyer Brezen Anwesens (Einbau einer Arkade, Erhaltung der Kommunwand) unter Beibehaltung des Backbetriebes, Abriss des benachbarten städtischen Gebäudes, Umgestaltung des Straßenraumes, der Geh- und Radwege sowie der Platzsituation im Bereich Ecke Frauenrichter Str./Lerchenfeld Str./Gaswerkstraße.

Die Realisierung des Vorhabens muss mehrere Belange in Einklang bringen. Zur Vorbereitung soll daher im Rahmen des Stadtumbau West eine Feinuntersuchung (Machbarkeitsstudie, Vorplanung) erstellt werden, die diese Belange gemeinsam behandelt. Die Feinuntersuchung ist für 2010 geplant. Die Gelder für diese Untersuchung sind in den Jahresantrag zur Städtebauförderung für 2010 eingearbeitet und im Haushaltsentwurf der Stadt Weiden für 2010 enthalten. Die Ergebnisse der Feinuntersuchung sind abzuwarten.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.11.09
Künftige Nutzung des Pionierlagers

Sachstandsbericht:

Ähnliche Anfragen zur Thematik wurden bereits mit Schreiben vom 12.09.2006 durch die CSU und mit Schreiben vom 17.04.2007 durch die SPD gestellt. Auf die Vorlageberichte der Verwaltung, zu den Sitzungen des Stadtrates am 23.10.2006 unter Nr. 125 und am 14.05.2007 unter Nr. 258 wird sinngemäß verwiesen.

Die Aussage der CSU-Stadtratsfraktion, dass sich der Altlastenverdacht für das Pionierlager nicht bestätigt habe, ist nicht nachvollziehbar. Der Bericht des Umweltamtes zum Hauptverwaltungs- und Umweltausschuss vom 09.10.2008 (Beschluss-Nr. 48), auf den verwiesen wird, führt aus, dass durchaus ein Altlastenverdacht in diesem Bereich vorhanden ist. Dieser ergibt sich durch eine orientierenden Altlastenerkundung vom Juli 2007. Eine Detailuntersuchung zur Bestätigung oder Entkräftung des Verdachts wurde noch nicht durchgeführt, so dass zum jetzigen Zeitpunkt zunächst vom Vorliegen einer Altlast ausgegangen werden muss.

Zu 1.)

Aus Sicht des Stadtplanungsamtes kommen langfristig grundsätzlich folgende Nutzungen in Betracht:

- Wohnnutzung
- gemischte Nutzung (Wohnen, Geschäfte, Dienstleistung und wohnverträgliches Gewerbe)
- eingeschränkte Gewerbenutzung (Büro und Dienstleistungen, mit der angrenzenden Wohnnutzung verträgliche Gewerbebetriebe)

Die weiterhin durch die Bundeswehr, die Regierung der Oberpfalz und den Zoll genutzten Gebäude müssen bei einer Nachnutzung Berücksichtigung finden.

Der Rahmenplan zur „Sozialen Stadt“ Stockerhut (vom April 2004) macht folgende Aussagen zum Kasernenareal (inklusive dem Pionierlager):

Seite 31

Das Kasernengelände stellt wie im Abschnitt Baustruktur beschrieben ein Potential für eine Mischnutzung dar. So würde auch das Freiflächenkonzept der definierten Freiräume vom Privatgarten über halböffentliche Fläche weiter geführt werden. Junges Wohnen als Reihenhäuser mit Privatgarten 2 Stellplätzen und 150 qm Grundstücksfläche, kombiniert mit Geschosswohnungsbau und Mietergärten setzen die Durchmischung am Stockerhut fort. Grüne Inseln als Erholungsraum für wohnungsnaher Kleinspielanlagen verbinden Grünräume und ermöglichen eine Wegevernetzung. So werden die vorhandenen Bestandsbäume in die aufgelockerte Planung integriert. Eine sukzessive Umsetzung lässt problemlos auf Teilgrundstücken Zwischennutzungen zu. So können je nach Nutzung und Zustand Bestands-

gebäude weiter genutzt werden für Existenzgründer, für Gewerbe oder Freizeitnutzungen (z. B. Kartbahn oder Werkstätten) oder aber eine sogenannte Wildnis kreatives Spielen für Kinder ermöglichen.

Seite 46

Das ehemalige Kasernengelände stellt ein Potential für den Stockerhut dar, sobald keine Neubaumöglichkeiten bestehen, können hier weitere Flächen langfristig den Standort weiter stärken. So könnte der neue Quartierspark mit Stadtteilzentrum auch zum Anziehungspunkt für neues Wohnen auf dem ehemaligen Kasernengelände werden. So schlagen wir eine Mischnutzung aus Reihenhäusern, Geschosswohnungsbau und Gewerbe auf dem Gelände vor. Da ein kurzfristige Bebauung in den nächsten 10 Jahren nicht absehbar ist, schlagen wir Zwischennutzungen vor, wenn das Gebiet zur Verfügung steht. So könnten alte Gebäude für temporäres Gewerbe als Existenzgründer für eine maximale Zeit von 10 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus können Freizeitnutzungen, wie Bolzplatz, Konzertfläche/Übungsräume im Bereich Rock/Pop dieses Gebiet in das Bewusstsein der Weidener Bürger rücken.

Die Aussagen zur Entwicklungsmöglichkeit des Areals, zwischen Kasernen – und Stettiner Straße, werden im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes noch einmal überprüft.

Zu 2.)

Die Stadt Weiden steht im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes in Kontakt mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die dafür verantwortlich ist, die nicht mehr benötigten Militärliegenschaften des Bundes zu verwerten. Ein großer Teil des Areals zwischen der Kasernen- und Stettiner Straße ist bereits für eine zivile Nachnutzung verfügbar. Hinsichtlich eines Kaufpreises hat die Liegenschaftsabteilung folgende Stellungnahme abgegeben:

„Im Jahre 2003 hat die Liegenschaftsabteilung dem Bundesvermögensamt Amberg mitgeteilt, dass die Stadt verwaltungsintern entschieden habe, vom Erwerb des als „Pionierlager“ bezeichneten Geländes Abstand zu nehmen, da aufgrund der derzeit angespannten Finanzlage dies nicht möglich ist. Die Preisvorstellungen des Bundesvermögensamtes betragen am 09.07.2003 € 72 ,-- pro m².

Sollten der Stadtrat bzw. die Stadtplanung die Auffassung vertreten, erneut in die Grundstücksverhandlungen mit dem Bundesvermögensamt einzutreten, werden wir dies entsprechend umsetzen.“

Einfluss auf den Kaufpreis hat letztendlich auch die geplante Anschlussnutzung.

Zu 3.)

Im Rahmen des Stadtumbau West kann eine Förderung erfolgen, wenn das Vorhaben sich innerhalb einer Förderkulisse befindet. Die Abgrenzung der Förderkulissen für das Programm Stadtumbau West befindet sich noch in Erarbeitung.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 13.11.09
Förderprogramm 100 m² Zukunft.

Sachstandsbericht:

Die Richtlinien des Programms wurden durch das Rechtsamt überprüft. Zwischenzeitlich konnte nach Urlaubszeit und den zeitlich intensiven Anforderungen der Sachbearbeitung für die Landesgartenschau das Förderprogramm durch die Liegenschaftsabteilung nicht weiter verfolgt werden.

Es wurden jedoch mehrere Grundstücke, die zum Bereich des o. a. Programms gehören, verkauft, so dass nur noch vier Grundstücke für das Förderprogramm zur Verfügung stehen.

Im Fall der Verwirklichung des Förderprogramms „100 m² Zukunft“ wären die entsprechenden Haushaltsmittel für 2010 einzuplanen bzw. bereitzustellen.

Aufgrund der geringfügigen Anzahl der noch verbleibenden Grundstücke schlägt die Verwaltung vor, die Umsetzung des Förderprogramms nicht mehr weiter zu verfolgen.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.11.09

Bericht über die Positionierung der Stadt Weiden i. d. OPf. in den Gremien der Metropolregion

Sachstandsbericht:

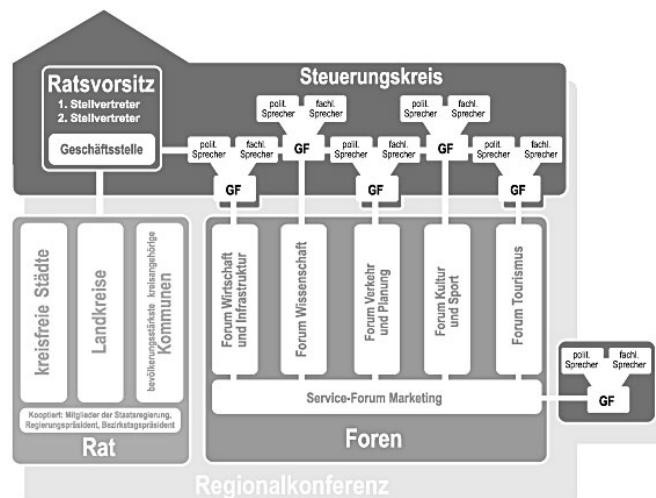
(1) Aktivitäten und Positionierung der Stadt Weiden i. d. OPf.

Die Gremien der Metropolregion umfassen den Rat, in dem die Mitglieder vertreten sind, die Geschäftsstelle und den Steuerkreis mit seinen 7 Fachforen und ihren jeweiligen politischen Sprechern. Im Steuerkreis werden die jeweiligen Projekte der Foren koordiniert. Die Fachforen wurden zu folgenden Themen gebildet:

- Forum Wirtschaft und Infrastruktur
- Forum Wissenschaft
- Forum Verkehr und Planung
- Forum Kultur
- Forum Sport
- Forum Tourismus
- Forum Marketing

Forum Wirtschaft und Infrastruktur

Zielsetzung des Forum Wirtschaft und Infrastruktur ist es, Leuchtturmprojekte zu initiieren und Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu besetzen. Das Forum richtet sich insbesondere an Unternehmer der Metropolregion. Die kommunalen Wirtschaftsförderungen der Metropolregion sind in diesem Gremium über die Wirtschaftsförderungskonferenz beteiligt. Arbeitskreise der kommunalen Wirtschaftsförderungskonferenz bearbeiten einzelne Projekte, an denen die Stadt Weiden sich inhaltlich beteiligt. Im Rahmen des Messeprogramms nimmt die Stadt Weiden beispielsweise am jährlich an der EXPO Real teil und ist in den Arbeitsteams „Energie in der Metropolregion Nürnberg“ sowie dem Arbeitsteam ESF-Projekte für die EMN vertreten. Zukünftig ist beabsichtigt, sich in ein Arbeitsteam Logistik einzubringen.



Die Vertretung der Stadt Weiden erfolgte über Herrn Hölzl.

Forum Wissenschaft

Das Forum Wissenschaft steht stellvertretend für die Kompetenzen im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen. Der jährliche Wissenschaftstag der Metropolregion wird durch das Forum Wissenschaft veranstaltet.

Die Vertretung erfolgt durch Herrn Prof. Bauer, Präsident der HAW.

Forum Verkehr und Planung

Leitthemen sind hier der öffentliche Nahverkehr, Verkehrsinfrastrukturprojekte, Transeuropäische Netze, Online-Mitfahrzentrale, Logistik- und Hafenverkehr.

Als Forenvertreter wurden Herr RD Wolfram Friedl und Herr Karl Wittmann vom regionalen Planungsverband seit 02. Januar 2007 benannt. Im besonderen Maße ist die Wirtschaftsgemeinschaft „Drei auf einem Weg im Herzen Europas“ im Forum Verkehr und Planung durch den politischen Sprecher des Forums, Herrn Landrat Wittmann verankert.

Forum Kultur und Forum Sport

Die Foren Kultur und Sport stellen sich den kulturellen und sportlichen Angeboten der Metropolregion. Thematisch wird hier ein Kultur-Leitbild der Region entworfen und ein Bericht zum Angebot der Kultur- und Kreativwirtschaft erstellt. Erst kürzlich wurde das Forum Kultur und Sport in zwei getrennte Foren aufgeteilt.

Die Stadt Weiden wird im Forum Kultur von Frau Vorsatz vertreten.

Forum Tourismus

Das Forum Tourismus hat es sich zum Ziel gesetzt, die Marke Metropolregion Nürnberg stärker für die Tourismusentwicklung zu nutzen. Leitthemen sind der Entdeckerpass als Leistungspaket für Besucher und die Förderung des Binnentourismus. Die Stadt Weiden beteiligt sich an binnentouristischen Maßnahmen. Im kommenden Jahr wird sich die Metropolregion „Forum Tourismus“ auf dem Weidener Jubilatemarkt mit 10 Ständen beteiligen.

Die Stadt Weiden ist über Herrn Zapf, Herrn Knott und Frau Vorsatz als Tourismusgemeinschaft Oberpfälzer Wald in gegenseitiger Absprache vertreten. In der Tourismusgemeinschaft Oberpfälzer Wald sind die Stadt Weiden, der Landkreis Schwandorf sowie die Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab und Tirschenreuth zusammengeschlossen.

Forum Marketing

Das Forum Marketing verfolgt mit der „Metropolregion Nürnberg - „Kommen, Staunen, Bleiben“ ein Dachmarkenkonzept. „Original Regional“ steht als Marke als regionale Vermarktungsstrategie für die regionalen Wirtschaftskreisläufe in der Region und Qualitätsprodukte nach festgelegten Standards. Anzeigenkampagnen und die Regionalkampagne zielen auf die positive Besetzung der Region.

Die Stadt Weiden ist durch Pro Weiden, Frau Janker vertreten.

(2) Besetzung der Foren mit dem Ziel, neuen Interessenten eine Mitwirkungsmöglichkeit in den Gremien der Metropolregion zu ermöglichen.

Die jeweiligen Mitglieder können in Abstimmung mit den Forensprechern Vertreter entsenden. Eine entsprechende Vorschlagsliste wurde zuletzt in Abstimmung mit den Landkreisen Tirschenreuth und Neustadt a. d. Waldnaab durch Herrn Landrat Wittmann am 2. Januar 2007 dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Herrn Dr. Maly übermittelt.

Der Oberbürgermeister Seggewiß trifft sich Anfang Dezember mit der Geschäftsführung der Metropolregion Nürnberg, Frau Dr. Starndecker, um Möglichkeiten der Mitwirkung auszuloten und neuen Interessenten eine Teilnahme zu ermöglichen.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Bürgerliste, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, FDP vom 16.11.09
Vertragsangelegenheiten ÖPNV

Sachstandsbericht:

Zum vorliegenden Antrag hat die Stadt Weiden i. d. OPf. den Gutachter Herrn Dr. Berschin gehört und er hat dazu folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Es trifft nicht zu, dass alleine die Aufgabenträger, also die Stadt Weiden i. d. OPf. über den Marktzugang entscheiden. Es wäre zwar wünschenswert, wenn der deutsche Gesetzgeber die Genehmigungsvergabe den Aufgabenträger zuordnen würde, dies ist aber bisher nicht geschehen und von der Staatsregierung auch bislang nicht vorgesehen. Daher entscheiden die Aufgabenträger über Vergabe von Finanzierungen und ausschließlichen Rechten zur Sicherstellung der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Pflichten, die Genehmigungsbehörden entscheiden aber weiterhin über die Liniengenehmigung.
2. Eine „Verfügung“ der Stadt über die Genehmigungsvergabe setzt voraus, dass die Stadt zuständige Genehmigungsbehörde würde. Dies ist z. B. in Sachsen-Anhalt oder Teilen von Baden-Württemberg der Fall. Die Forderung der Zusammenfassung der Genehmigungsbehörde und der Zuständigkeit als Aufgabenträger ist eine alte Forderung der kommunalen Spitzengremien und wird daher auch von der Stadtverwaltung vollumfänglich unterstützt.
3. Eine Genehmigungsvergabe durch die Stadt würde aber nichts daran ändern, dass diese als Hoheitsverwaltung weiterhin nach Recht und Gesetz erfolgen müsste. Im Personenbeförderungsrecht gilt der Grundsatz der Gewerbefreiheit. Es gibt – zumindest bislang – kein Recht, welches der Stadt eine Art Erstzugriff im Rahmen eines öffentlichen Monopols ermöglichen würde. Dieses Recht wird auch nicht von der EG-VO 1370/2007 bereitgestellt, weil diese bei der Frage der Monopolisierung des städtischen Nahverkehrs unter dem Vorbehalt der nationalen Rechtsordnungen steht. Dies unterscheidet den ÖPNV z. B. von der Abfallentsorgung.
4. Die Liniengenehmigung nach PBefG ist nach ganz überwiegender Auffassung und auch nach dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 19./20.11. kein ausschließliches Recht. Von daher ist es vermutlich zukünftig gar nicht mehr erforderlich, dass die Frage des Marktzugangs von der Genehmigungsbehörde entschieden wird, vielmehr hindert eine Genehmigung voraussichtlich zukünftig nicht mehr die Vergabe einer weiteren Genehmigung auf derselben Strecke. Dagegen ist die Ausschließlichkeit ein Recht nach der VO 1370/2007, welches von der zuständigen Behörde (= Aufgabenträger) zu vergeben ist. Dementsprechend verfügt der Aufgabenträger – nach vorzugswürdiger Auffassung – über das Recht den Marktzugang durch Vergabe von ausschließlichen Rechten zu steuern.
5. Der ÖPNV kann sicherlich leichter gestaltet werden, wenn der zuständige Aufgabenträger die Stadt Weiden i. d. OPf. über alle öffentlichen Finanzmittel verfügt. Namentlich sind dies die Ausgleichsleistungen nach § 45 a PBefG für den Schülerverkehr. Diese Mittel sind z. B. in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein und demnächst auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen kommunalisiert. Diese

Kommunalisierung ist eine alte Forderung der kommunalen Spitzengremien. Die Stadtverwaltung unterstützt selbstverständlich auch diese Forderung.

6. Eine „freie Entscheidung“ zur Vergabe an ein eigenes Unternehmen oder an ein privates Unternehmen stellt sich aus zweierlei Gründen nicht. Zum einen verfügt die Stadt über kein eigenes Unternehmen und es gibt bisher keine Erkenntnisse, dass der Neuaufbau eines kommunalen Unternehmens mit eigenen Busfahrern wirtschaftlich sinnvoll sein könnte. Zum anderen besteht wie unter Nr. 3 dargelegt zumindest derzeit in Deutschland gerade keine Wahlfreiheit, wie von den Antragstellern suggeriert, da im ÖPNV die Gewerbefreiheit gilt.
7. Soweit von den Antragstellern mit dem Begriff „eigenes Unternehmen“ lediglich gefordert wird, dass die Stadt Genehmigungsinhaber werden sollte, so wurde im Gutachten von Dr. Berschin ausgeführt, dass dies auf der Basis der Gewerbefreiheit möglich ist und zukünftig sogar erleichtert sich erreichen lässt, weil die Liniengenehmigung kein ausschließliches Recht ist. Auch ist diese Form – Durchführung des Verkehrs weiterhin durch ein privates Unternehmen – keine Direktvergabe an einen kommunalen Betreiber, weil der Betreiber weiterhin privat bleibt, allerdings hat das Gutachten herausgearbeitet, dass diese organisatorischen Änderungen wirtschaftlich nicht sinnvoll sind, da die Inhaberschaft über die Genehmigung keinen Vorteil gegenüber der bisherigen Konstruktion bietet. Auch die bisherige Konstruktion lässt Wettbewerb durch die Stadt zu, soweit dies gewünscht ist.

Seitens der Verwaltung wird der Antrag so verstanden, dass die Stadt Weiden i. d. OPf. z. B. über den Städtetag darauf hinwirken soll, dass künftig die Konzessionsvergabe durch die Aufgabenträger erfolgt, also z. B. die Stadt Weiden i. d. OPf. nicht nur den Durchführungsauftrag vergibt, sondern auch die zur Durchführung des Stadtlinienverkehrs notwendigen Konzessionen erteilt.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht

an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP zum Thema Abbruch der ehemaligen Betriebsgebäude der Firma Forster, Neustädter Straße 49 in Weiden i. d. OPf.

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP zum Thema Abbruch der ehemaligen Betriebsgebäude der Firma Forster, Neustädter Straße 49 in Weiden i. d. OPf., wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 29.09.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP zum Thema gemeinsame Ausschusssitzung HVA- und Werkausschuss

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP zum Thema gemeinsame Ausschusssitzung HVA- und Werkausschuss wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 23.10.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP vom 28.10.09 zum Thema Kinderbetreuung für MitarbeiterInnen der Weidener Stadtverwaltung am Buß- und Betttag

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP vom 28.10.09 zum Thema Kinderbetreuung für MitarbeiterInnen der Weidener Stadtverwaltung am Buß- und Betttag wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 29.10.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe an den Stadtrat;
Bedenken gegen den Einkaufsmarkt Neustädter Straße durch diverse Beschwerdeführer

Sachstandsbericht:

Mit immer gleichlautendem Schreiben wandten sich die in der beiliegenden Liste aufgeführten Personen gegen die Errichtung des Einkaufsmarktes in der Neustädter Straße.
Der Text der Eingabe lautet wie folgt:

„Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte!
Ich bin gegen den geplanten Einkaufsmarkt in der Neustädter Straße, weil ich befürchte, dieser könnte durch Umsatzzumlenkungen dazu führen, dass sich die ohnehin schon dürftige Einkaufslage im Stadtteil Hammerweg weiter verschlechtert. Ich bitte Sie daher, auch im Interesse der Bürger des Hammerweges, sich gegen den Bebauungsplan, und somit gegen die Ansiedlung des Marktes auszusprechen.“

Die Eingabe wurde vom Stadtplanungsamt fachlich beurteilt und wegen Deckungsgleichheit mit fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen gegen den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 61 26 186 Ä2 (Frist der öffentlichen Auslegung mit der Möglichkeit Einwendungen gegen die Bebauungsplanänderung vorzubringen 11.08.09 bis 11.09.09) im Bau- und Planungsausschuss am 02.12.09 bzw. im Stadtrat am 21.12.09 behandelt.

In diesen beiden Gremien wird eine Abwägung getroffen. Nach dem Satzungsbeschluss des Stadtrates erhalten alle Beschwerdeführer eine Mitteilung über das Abstimmungsergebnis.

Stadtrat:

(x) beratend () beschließend

(x) öffentlich () nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von Frau Cornelia Rack zum Thema Erhalt des Imbissstandes am Hertie

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP zum Thema Erhalt des Imbissstandes am Hertie wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 26.10.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von Frau Andrea Spanl zum Thema Verkehrssituation in der „äußeren“ Mooslohstraße

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von Frau Andrea Spanl zum Thema Verkehrssituation in der „äußeren“ Mooslohstraße wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 23.10.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von Herrn Gert Rippl vom 19.10.09 zum Thema Veröffentlichung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von Herrn Gert Rippl vom 19.10.09 zum Thema Veröffentlichung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 03.11.09 beantwortet.

Stadtrat:

- | | |
|------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |